5 Flüchtlinge zwischen Ablehnung und Solidarität

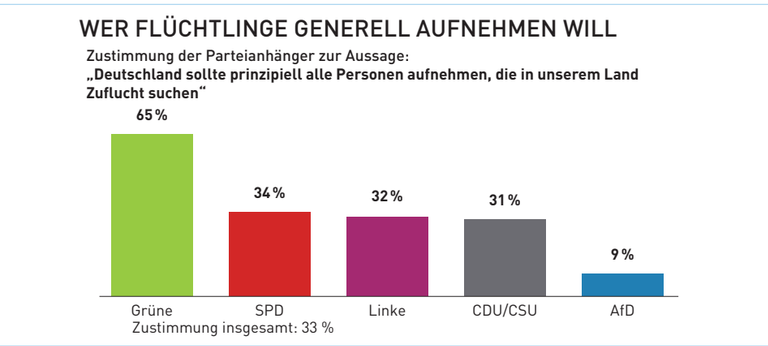
Wie hoch ist in Deutschland die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen? Die Antwort ist zwiespältig. Manche Bürger heißen sie willkommen und leisten praktische Hilfe, andere lehnen sie ab und grenzen sie aus. Manchmal werden Flüchtlinge Opfer rassistischer Gewalt. Das Modul geht auf diese widersprüchliche Situation ein. Es bringt Beispiele sowohl für praktizierte „Willkommenskultur" als auch für fremdenfeindliche Ablehnung. Ansichten und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen werden dargelegt sowie Fakten und Daten, die helfen sollen, den Wahrheitsgehalt solcher Ansichten und Vorurteile zu überprüfen.

Wie hoch ist die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen?

Bei Umfrageergebnissen sollte grundsätzlich berücksichtigt werden, dass Aussagen und Antworten je nach Frageformulierung, Zeitpunkt und Kontext der Erhebung differieren können und in ihrer Bedeutung insofern zu relativieren sind. Dennoch können solche Umfragen wichtige Hinweise auf gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen in der öffentlichen Meinung geben.

Hier die Ergebnisse einiger Studien:

Infratest Dimap
Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap im Auftrag der Freien Universität Berlin wurde nach der Haltung zu dem Satz „Deutschland sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die in unserem Land Zuflucht suchen" gefragt. Dieser Aussage stimmten insgesamt 33 Prozent der Befragten zu. Doch die detaillierten Ergebnisse zeigen eine tiefe Kluft zwischen den Anhängern der unterschiedlichen politischen Lager.



So befürwortete nicht einmal jeder zehnte AfD-Anhänger eine generelle Aufnahme von Flüchtlingen hierzulande. Nur neun Prozent derjenigen, die die AfD als ihre bevorzugte Partei nannten, sprachen sich dafür aus. Von den Anhängern der Grünen stimmten indes 65 Prozent der Forderung zu, Deutschland sollte jedem Flüchtling ungeachtet seiner Fluchtgründe Unterschlupf bieten. Unter den Anhängern von CDU/CSU, SPD und Linkspartei sind dagegen kaum Meinungsunterschiede in dieser Frage auszumachen: So sprachen sich 31 Prozent der Unions-Anhänger sowie 34 Prozent der SPD-Wähler und 32 Prozent der Linkspartei-Anhänger für eine umfassende Aufnahmebereitschaft aus.

Diese Bereitschaft ist mit 34 Prozent in Westdeutschland höher als in den ostdeutschen Bundesländern mit 26 Prozent. Frauen zeigten insgesamt mehr Entgegenkommen als Männer. Und die Bereitwilligkeit steigt offenbar mit dem Bildungsstand: Während 24 Prozent der Hauptschulabsolventen generell jedem Flüchtling Zuflucht gewähren wollen, sind es bei den Abiturienten 44 Prozent.

Claudia Kade und Uwe Müller, „Wer ist für die Aufnahme von Flüchtlingen, wer dagegen?", Die Welt, 5.1.2015

Allensbach-Institut
Laut einer Studie des Allensbach-Instituts, die im Auftrag der Robert Bosch Stiftung durchgeführt wurde, können sich 66 % der Befragten vorstellen, Flüchtlinge persönlich zu unterstützen: durch ehrenamtlichen Deutschunterricht, Hilfen im Alltag und Sachspenden. 42 % erklärten, sie hätten grundsätzlich Interesse an privaten Kontakten zu Asylsuchenden, doch lediglich 5 % berichteten, dass sie einen solchen Kontakt haben.
34 % der Befragten sind der Meinung, dass Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt eine Ressource darstellen können. 87 % halten Kriege und Bürgerkriege im Herkunftsland für einen legitimen Grund, in Deutschland Asyl zu bekommen. Der Wunsch, in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen und Familienangehörige im Herkunftsland dadurch finanziell zu unterstützen, halten 60 % der Teilnehmer an der Umfrage für keinen ausreichenden Asylgrund. „In diesem Sinne dürfte auch das mehrheitliche Votum für strenge Asylregeln zu interpretieren sein", schreiben die Autoren der Studie.

Infratest / Deutschland-Trend
Der „Deutschland-Trend" ist eine Umfrage, die von Infratest Dimap im Auftrag des ARD-Morgenmagazins durchgeführt wird. Im April 2015 wurden 1.000 Bürgerinnen und Bürger gefragt, wie sie zu einer Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland stehen. Ungefähr die Hälfte der Befragten erklärte sich dazu bereit, 44 % äußerten sich dagegen.
Eine große Mehrheit hält die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern für die wirksamste Maßnahme gegen die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen und befürwortet den Einsatz höherer finanzieller Ressourcen zu diesem Zweck. 70 % der Befragten meint, dass weitere legale Möglichkeiten geschaffen werden sollten, damit Flüchtlinge Europa erreichen und dort einen Asylantrag stellen können. Etwa jeder Vierte (27 %) lehnt diese Möglichkeit ab. Mehr Geld für Rettungsschiffe finden 62 % der Teilnehmer richtig und 63 % sprechen sich gegen Seeblockaden für Flüchtlingsboote nach australischem Vorbild aus.

Einige Meinungen und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und was davon zu halten ist

(orientiert an einer Zusammenstellung von Pro Asyl: www.proasyl.de/de/home/gemeinsam-gegen-rassismus/fakten-gegen-vorurteile/)

„Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen."

Richtig ist: Davon sind wir Lichtjahre entfernt.

Auf der Welt sind Ende 2014 laut UNHCR über 59 Millionen Menschen auf der Flucht. 86 Prozent der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Die Länder, in denen sich weltweit die meisten Flüchtlinge aufhalten, heißen Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, Äthiopien. Die allerwenigsten Flüchtlinge schaffen es nach Europa.

„Die kommen alle nach Deutschland."

Richtig ist: In der EU liegt Deutschland mit seinen Asylzahlen im Mittelfeld.

Viele glauben, alle Flüchtlinge wollten unbedingt nach Deutschland. Tatsächlich erhält Deutschland europaweit zahlenmäßig aktuell die meisten Asylanträge. Berücksichtigt man allerdings die Einwohnerzahl, dann liegt Deutschland im europäischen Vergleich mit 2,5 Asylanträgen auf 1.000 Einwohnern hinter Schweden, Ungarn, Malta und Dänemark. Einiges spricht zudem dafür, dass die Flüchtlingszahlen einiger Länder im Süden Europas tatsächlich höher liegen als angegeben, z.B. in Griechenland, wo viele Schutzsuchende gar nicht als solche registriert werden.

„Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge."

Richtig ist: Die Gründe, die Menschen in die Flucht treiben, sind vielfältig und wiegen schwer.

Niemand setzt sich leichtfertig in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – die Heimat, Besitz, Familienangehörige – und das alles nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben. Weil im Herkunftsland Krieg herrscht, Verfolgung droht, Diskriminierung an der Tagesordnung oder die eigene Existenz permanent in Gefahr ist.

Laut Duden ist
- eine **Meinung**: „eine persönliche Ansicht, Einstellung o. Ä, die jemand in Bezug auf jemanden, etwas hat (und die sein Urteil bestimmt)"
- ein **Vorurteil**: „eine ohne Prüfung der objektiven Tatsachen voreilig gefasste oder übernommene, meist von feindseligen Gefühlen gegen jemanden oder etwas geprägte Meinung"

Vgl. „Die sechs größten Aufnahmeländer" im Modul „Warum fliehen Menschen?"

Vgl. „Aufgenommene Flüchtlinge absolut und relativ zur Einwohnerzahl 2014" im Modul „Warum fliehen Menschen?"

Bundespräsident Gauck zum Weltflüchtlingstag 2015: „Immer mehr Menschen nehmen immer längere, gefährlichere und kostspielige Fluchtwege in Kauf, um einen Neuanfang zu wagen: Viele streben nach Europa, einem Ort ihrer Sehnsucht, dem Kontinent der Freiheit und des Wohlstands, der ihnen und ihren Familien ermöglichen soll, ein besseres Leben ohne Angst, Gewalt und Hunger zu führen."

„Asylbewerber sind gefährlich und kriminell."

Richtig ist: Flüchtlinge sind so verschieden wie Menschen eben sind.

Es gibt keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge öfter straffällig werden als andere Menschen. Auch nicht, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung.
Ein Vergleich der Zahlen von deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen ist zudem schon allein deswegen nicht möglich, weil eine Reihe von Straftaten – z.B. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz – von deutschen Staatsangehörigen gar nicht begangen werden können. Tatsächlich verhindern vor allem Vorurteile, Misstrauen und mangelnde Kommunikation, dass Menschen in ihrem Stadtteil ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung haben. „Wo jeder jeden kennt", fühlt man sich wohl. Wenn verunsicherte Nachbarn die Menschen kennenlernen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen, stellen sie meist fest, dass ihre Ängste unbegründet sind. Und dass Flüchtlinge schlicht so verschieden sind, wie es eben alle Menschen sind.

„So viele Flüchtlinge aufzunehmen können wir uns nicht leisten."

Richtig ist: Menschenrechte zu beachten kostet Geld. Und das können wir uns leisten. Zudem können auch Flüchtlinge viel leisten – wenn man sie nur lässt.

Vgl. Modul: „Rechte der Flüchtlinge"

Flüchtlinge zu schützen ist eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, die keiner Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen darf. Das Asylrecht in unserer Verfassung, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention, die zum Flüchtlingsschutz verpflichten, wurden als Reaktion auf die Grausamkeiten des Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkriegs geschaffen. Wer diese Rechte in Frage stellt, stellt die Grundlagen unseres Rechtsstaats in Frage.
Im Übrigen: Sicher sind manche Gewaltopfer, kranke oder traumatisierte Flüchtlinge auf materielle Unterstützung angewiesen. Ihnen zu helfen ist ein Gebot der Humanität. Viele andere aber sind tatkräftig, motiviert und qualifiziert, wollen lernen und arbeiten. Mit ihnen wachsen Kinder – über deren Mangel in Deutschland oft geklagt wird – in diese Gesellschaft hinein. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch: Je besser Flüchtlinge Zugang haben zu Deutschkursen, Bildung, Ausbildung, und Arbeitsmarkt, desto mehr wird auch die Gesellschaft wirtschaftlich gewinnen.

Hartz-IV: siehe Glossar

„Durch Zuwanderung geht die deutsche Kultur zugrunde."

Richtig ist: „Überfremdet" wurden wir schon immer.

Eigentlich kommen wir alle aus Afrika. Menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration. Die so genannte „Völkerwanderung" war tatsächlich ein gigantischer Prozess der Vermischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Das ist in der Geschichte der Normalfall. Migrantinnen und Migranten gab es schon immer. Länder und ihre kulturelle Prägung sind keine starren Größen, sondern verändern und entwickeln sich weiter. Auch die „deutsche Kultur" ist Ergebnis historischer Entwicklungen und unterschiedlicher kultureller Einflüsse und als solche noch im Wandel.

„Wir sollten uns lieber um unsere eigenen Armen kümmern."

Richtig ist: Das Problem der Armen ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands.

Sind Flüchtlinge arbeitslos, klagen viele über die Sozialhilfekosten, die man für sie ja irgendwie mitbezahle. Sind sie es nicht, wird die Konkurrenz um Arbeitsplätze gefürchtet. Dabei ist die Angst, dass Flüchtlinge den Deutschen die Arbeitsplätze wegnähmen, unbegründet: Forscher, die den Zusammenhang von Zuwanderung und lokaler Arbeitslosigkeit untersucht haben, fanden keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkterfolg von Einheimischen.
Auch die Ansicht, dass die Versorgung von Flüchtlingen die Armen noch ärmer mache, trifft nicht zu: Kämen tatsächlich weniger Flüchtlinge, bekäme ein arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger nicht einen Cent mehr, niedrige Löhne würden deshalb nicht steigen, und Mittelständler hätten nicht weniger Angst vor dem sozialen Absturz. Für die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich sind nicht die Flüchtlinge, sondern gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Faktoren im Aufnahmeland verantwortlich.

Mehr Solidarität und Hilfsbereitschaft

Einerseits wächst in der Bevölkerung die Hilfsbereitschaft und Akzeptanz gegenüber Flüchtlingen. In beinahe allen Orten, in denen es Flüchtlingsunterkünfte gibt, bilden sich Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren, um Flüchtlinge zu unterstützen.

Die Unterstützungsangebote und Aktivitäten dieser „Nachbarschaftskreise" und „Willkommensnetzwerke" sind vielfältig: Deutschunterricht, Begleitung zu Behörden und Ärzten, Hausaufgabenhilfe für die Kinder, Fahrradwerkstätten, Freizeitangebote und Vermittlung von Kontakten zu Sportvereinen, „Orientierungsspaziergänge" im Stadtteil, Kleiderkammern und Sammlung von Sachspenden. In manchen Unterkünften bieten Künstler ehrenamtlich Malkurse an, es gibt „World's Cafès", Jazz- oder Chorabende, gemeinsames Kochen und Feste der Begegnung.

An einigen Standorten haben sich Koordinierungskreise und Netzwerke gebildet, bei denen die in den Stadtteilen tätigen Gruppen Ideen und Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig helfen. Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsräte und andere Organisationen und Vereine, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, aber auch Kreis-, Gemeinde- und Bezirksräte begleiten und unterstützen die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort auf vielfältige Weise: durch Beratung, Veranstaltungen und Broschüren/Ratgeber mit Tipps und Informationen und durch Vermittlung von Kontakten und Ansprechpartnern.

Aber auch mehr Hass und Gewalt

Gleichzeitig nehmen aber auch Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Angriffe auf Flüchtlingsheime zu. Die statistischen Daten in den verschiedenen Quellen (Behörden, Medien, Flüchtlingsorganisationen) weisen allerdings Differenzen auf. Diese ergeben sich zum Teil aus den unterschiedlichen Kriterien, die als Basis für die Berechnungen jeweils herangezogen werden.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums von Juli 2015 hat es allein im ersten Halbjahr 2015 202 Angriffe auf Flüchtlingsheime gegeben, mehr als im gesamten Jahr 2014.

Hier Daten von „Pro Asyl" und der „Amadeu Antonio Stiftung" aus dem Jahr 2014: „Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge", Pro Asyl und Amadeu Antonio Stiftung

Unter http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle dokumentieren die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL in einer gemeinsamen Chronik aktuell und detailliert Angriffe gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Die Datengrundlage der Chronik sind öffentlich zugängliche Berichte in Zeitungsartikeln. Ergänzend werden Fälle aufgenommen, die von lokalen Initiativen sowie von Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gemeldet wurden.

Fremdenfeindlichkeit: Tröglitz ist kein Einzelfall

In der Nacht auf Samstag haben Unbekannte in Tröglitz eine Unterkunft angezündet, die für Flüchtlinge vorgesehen war. Die Ermittler halten einen politischen Hintergrund zumindest für naheliegend. Doch Tröglitz ist kein Einzelfall.
Übergriffe auf Flüchtlingsheime sind in Deutschland keine Seltenheit. Immer wieder kam es in der jüngeren Vergangenheit zu Sachbeschädigungen, Brandstiftung und Pöbeleien. Allein im vergangenen Jahr verzeichnete die Polizei in Deutschland 150 Attacken. Schon 2013 hatte sich die Zahl mehr als verdoppelt: 2012 waren noch 24 Angriffe gezählt worden, im Jahr darauf 58.

Artikel 1 Grundgesetz: „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Und auch in den vergangenen Monaten gingen die Übergriffe unvermindert weiter. In der Nacht zum 12. Dezember steckten im mittelfränkischen Vorra mutmaßlich rechtsextreme Täter einen umgebauten Gasthof samt Scheune sowie ein frisch renoviertes Wohnhaus in Brand. Auf ein Nebengebäude sprühten sie eine Neonazi-Parole und zwei Hakenkreuze. Ursprünglich sollten hier im Januar rund 70 Flüchtlinge einziehen. Nun müssen die Unterkünfte saniert werden. Der oder die Täter sind noch nicht gefunden. Für die Aufklärung der Tat sind 20.000 Euro Belohnung ausgesetzt.

Im Januar beschossen sechs Männer im nordrhein-westfälischen Porta Westfalica eine Flüchtlingsunterkunft mit Farbkugeln. Anfang Februar zog eine Gruppe Rechtsextremer in Dortmund mit Fackeln vor einem Flüchtlingsheim auf und skandierte ausländerfeindliche Parolen.
In Escheburg bei Lübeck brach am 9. Februar ein Feuer in einer Unterkunft aus, in die am nächsten Tag irakische Flüchtlinge einziehen sollten. Später gestand ein Anwohner, durch ein beschädigtes Fenster Pinselreiniger in das Gebäude gekippt und die Flüssigkeit angezündet zu haben. Mit der Aktion wollte er den Einzug der Flüchtlinge verhindern.
Anfang März setzten Unbekannte im baden-württembergischen Malterdingen ein für Flüchtlinge vorgesehenes Gebäude unter Wasser. In zwei Räumen wurden die Wasserhähne und die zugehörigen Abflussrohre abgerissen, sodass das Wasser unkontrolliert auslaufen konnte. Die Polizei bezifferte den Schaden auf mehrere Zehntausend Euro.

Sasan Abdi-Herrle, „Tröglitz ist kein Einzelfall", Zeit Online, 4.4.2015

Hass im Netz

Fremdenfeindliche und offen rassistische Hetze und Bedrohungen im Netz – über Facebook und Twitter, auf Blogs und in Mails – haben stark zugenommen. Auch viele Politiker sind betroffen. Einige von ihnen haben sich in der Wochenschrift „Die Zeit" dazu geäußert. Hier eine kleine Auswahl:

Karin Prien, CDU-Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft
„Vor einigen Tagen bemängelte ich, dass nur ganz wenige Hamburger Privathaushalte bislang Flüchtlinge aufgenommen haben. Das reichte, um einen rechtsextremen Shitstorm auszulösen. Ein rechtes Blog veröffentlichte einen hetzerischen Artikel über mich, inklusive meiner Mailadresse. Ich wurde quasi zum Abschuss freigegeben. Kurz danach gingen Hunderte zum Teil widerliche Mails bei mir ein, mit islamfeindlichen und rassistischen Texten, auch mit üblen sexuellen Anspielungen. Ein Absender setzte mich auf seine ‚Todesliste'. Das alles ertrug ich noch im Stillen. Dann aber riefen Unbekannte in meinem Abgeordnetenbüro an. Sie bedrohten meine Mitarbeiter. Da beschloss ich, das Ganze publik zu machen. Seitdem geht es mir besser."

Roland Dantz, Oberbürgermeister von Kamenz
„Als wir in Kamenz vorübergehend eine Turnhalle schließen mussten, um sie als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge zu nutzen, bekam ich E-Mails, wie ich sie mein Leben lang noch nicht erhalten habe. Einer schrieb: ‚Wenn der Tag der Abrechnung kommt, werde ich dabei sein, wenn Du menschlicher Abfall verbrannt wirst, lebendig im Feuer, versteht sich.' Ich fragte mich: Schlucke ich das einfach? Stattdessen ging ich an die Öffentlichkeit. Ich wollte, dass die Leute – auch wenn sie beim Asylrecht anderer Meinung sind – sehen, wie schnell Hass entsteht. Man kann über alles reden, aber nicht so. Sogar eine Gegnerin der Erstaufnahmeeinrichtung sagte mir, als ich ihr aus den Hassmails vorlas: ‚Sie haben recht, Herr Dantz, so geht' s nicht'."

Sebastian Striegel, Landtagsabgeordnete der Grünen in Sachsen-Anhalt
„Ich habe in jüngster Zeit zahlreiche Drohungen erhalten, weil ich mich als Landtagsabgeordnete für Flüchtlinge einsetze. Nach Pegida und nach dem Brand der Tröglitzer Asylbewerberunterkunft ist es noch einmal schlimmer geworden: Man wolle mich aufhängen, mich wegsprengen. Immer wieder gibt es Anschläge auf meine Büros, Scheiben werden eingeschlagen, Türen beschmiert. Ich bin als Politiker früher schon beschimpft worden, aber diese völlige Enthemmung ist neu. Und das hat mich verändert. Ich überlege mir genau, wo ich auftreten kann, wo ich hingehen kann. Zum Glück fühle ich mich von der Polizei geschützt – weil ich Politiker bin. Andere, die sich gegen Rassismus engagieren, haben dieses Privileg nicht."

„Wir werden bedroht", Die Zeit, 28.05.2015

Der **Weltflüchtlingstag** ist ein von den Vereinten Nationen eingerichteter Aktions- und Gedenktag, der seit 2001 am 20. Juni stattfindet. Jährlich zum Weltflüchtlingstag veröffentlicht der UNHCR einen Jahresbericht über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Mit Aktionen und Veranstaltungen wird an diesem Tag weltweit an das Schicksal von Flüchtlingen und Vertriebenen erinnert.

Rede von Bundespräsident Gauck zum Weltflüchtlingstag am 20.06.2015
(Auszug)

Zum ersten Mal gedenkt nun Deutschland an einem offiziellen bundesweiten Gedenktag jener Millionen von Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges zwangsweise ihre Heimat verloren. Zum ersten Mal begeht Deutschland damit auch regierungsamtlich den internationalen Weltflüchtlingstag, wie er vor fünfzehn Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde. Auf eine ganz existenzielle Weise gehören sie nämlich zusammen – die Schicksale von damals und die Schicksale von heute, die Trauer und die Erwartungen von damals und die Ängste und die Zukunftshoffnungen

von heute. Ich wünschte, die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Menschen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen. Und umgekehrt: Die Auseinandersetzung mit den Entwurzelten von heute könnte unsere Empathie mit den Entwurzelten von damals fördern.

Insgesamt verloren 12 bis 14 Millionen Deutsche am Ende des Zweiten Weltkrieges durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat. Das sollten wir uns gerade heute wieder bewusst machen: Flucht und Vertreibung verändern nicht nur das Leben der Aufgenommenen, sondern auch das Leben der Aufnehmenden, nicht nur das der „neuen", sondern auch das der „alten" Bewohner eines Landes oder eines Landstriches.

Wer die Gefühle des anderen abwehrt, der wehrt auch eigene Gefühle ab. Offenheit für das Leid der anderen hingegen führt zu Verständnis, führt zu Nähe. Daran sollten wir heute auch denken, wenn in unserem Ort, in unserem Stadtteil oder in unserer Nachbarschaft Fremde einquartiert werden oder des Schutzes bedürfen. Verständnis für das Leid des anderen ist eine Grundvoraussetzung mitmenschlichen Zusammenlebens.

Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren so viele Menschen entwurzelt wie augenblicklich. Nie zuvor wurden so viele Flüchtlinge gezählt. Die allermeisten sind Vertriebene im eigenen Land. Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren – besonders bedrückend! Immer mehr Menschen nehmen immer längere, gefährlichere und kostspielige Fluchtwege in Kauf, um einen Neuanfang zu wagen. Sie sind wochen- oder monate-, manchmal jahrelang unterwegs und wehrlos Plünderern, Erpressern und Schleusern ausgeliefert. Sie werden ausgebeutet, ausgeraubt, gefoltert, sexuell missbraucht. Und sie riskieren ihr Leben, wenn sie sich auf überladenen Lastwagen durch die Sahara und auf schrottreifen Schiffen und untauglichen Schlauch- und Holzbooten auf das Mittelmeer wagen. Viele werden durch die Flucht tief traumatisiert.

Wir stehen vor einer großen Herausforderung, einer Herausforderung neuer Art und neuer Dimension. Beginnen wir mit dem, was selbstverständlich sein sollte: Es ist meines Erachtens eine moralische Pflicht aller Staaten Europas, Flüchtlinge vor dem Tod im Mittelmeer zu retten. Wir würden unsere Selbstachtung verlieren, wenn wir Menschen, die vor den Toren unseres Kontinents auf dem Wasser treiben, sich selbst überließen. Es sollte meines Erachtens auch eine selbstverständliche moralische Pflicht aller Staaten Europas bleiben, Menschen eine sichere Zuflucht zu gewähren, die – wie es das Grundgesetz in Artikel 16a und die Bestimmungen des Genfer Flüchtlingsschutzes festhalten – aus politischen, ethnischen, religiösen und rassischen Gründen verfolgt werden. Einen derartigen Schutz halte ich für nicht verhandelbar und solange für verpflichtend, bis diese Menschen gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren oder auch in Deutschland oder anderswo an einem sicheren Ort bleiben können.

Vollständiger Redetext: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung

Arbeitsimpulse

- Argumente und Gegenargumente zu Ansichten über Flüchtlinge sammeln
- recherchieren, ob es im Umfeld der Schule eine Flüchtlingsunterkunft gibt, und wie die Bevölkerung im Stadtteil darauf reagiert
- aktuelle Statistiken über Gewalt gegen Flüchtlinge aus unterschiedlichen Quellen (Behörden, Opferorganisationen, Presse) sammeln und miteinander vergleichen
- die Rolle des Internets und sozialer Netzwerke in Bezug auf Willkommenskultur sowie auf Fremdenfeindlichkeit erörtern
- über den Unterschied zwischen „Meinung" und „Vorurteil" anhand von Beispielen diskutieren

Zusätzliche Materialien

- Dokumentarfilm „Willkommen auf Deutsch"
  http://www.willkommen-auf-deutsch.de/
- www.bpb.de/gesellschaft/migration/
- „Flüchtlinge in Niedersachsen – Was kann ich tun?", Hrsg. Caritas Niedersachsen, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen in Niedersachsen e.V., Haus Kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, 2014
- www.nds-fluerat.org/leitfaden/
  (Online-Leitfaden des Flüchtlingsrats Niedersachsen E. V.)